

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschehen“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

JOHN FOSTER DULLES:

Partnerschaft für den Frieden

Der amerikanische Außenminister John Foster Dulles nahm vor der UNO-Vollversammlung am 23. September in einer großen umfassenden Rede zu außenpolitischen Problemen Stellung. Die Rede hat folgenden Wortlaut:

Ich bin zu dieser Eröffnungssitzung der 9. Vollversammlung in vollem Bewußtsein der Bedeutung dieses Anlasses gekommen. Diese alljährlich stattfindende Tagung der Vertreter von 60 Nationen stellt den hoffnungsvollsten Versuch von Menschen dar, den Frieden in Gerechtigkeit zu verwirklichen. Hier erweisen sich die gegenseitige Abhängigkeit in unserer Welt von heute und auch die gewaltigen Möglichkeiten für die Erreichung konstruktiver Ergebnisse, die aus den Bemühungen einer aufrichtigen Partnerschaft erwachsen können.

Das Wesen des Friedens

Das amerikanische Volk glaubt aufrichtig an die Zielsetzung und Grundsätze, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind.

Dieses Dokument stellt einen Meilenstein in dem Verständnis der wahren Natur des Friedens dar. Darin wird anerkannt, daß der Friede nicht eine zur Inaktivität verdammende Idee ist, sondern Taten fordert. Es genügt nicht, den Krieg zu verabscheuen und ihn zu verdammen. Der Krieg wird seit Jahrhunderten von den Menschen gehaßt. Und doch hat es immer wieder kriegerische Auseinandersetzungen gegeben. Ein Grund dafür liegt in der Tatsache, daß die Menschen niemals mit den gleichen Mitteln den Frieden zu gewinnen suchten, mit welchen sie für den Sieg in einem Krieg arbeiten.

Die Menschheit wird sich niemals eines dauerhaften Friedens erfreuen können, so lange sie ihre ganzen Kräfte für kriegerische Aufgaben aufspart. Um den Frieden zu sichern, ohne wesentliche Freiheiten zu opfern, bedarf es ständiger Bemühungen, unermüdlichen Mutes und zuweilen der Bereitschaft, schwere Risiken einzugehen. Das ist der wahre Geist des Friedens.

Während des vergangenen Jahres haben viele Nationen aktiv für die Sache eines dauerhaften und gerechten Friedens zusammengearbeitet. Es hat Augenblicke gegeben, in denen es scheinen wollte, daß zwischen einem Weltkrieg und dem Frieden nur noch ein ganz kleiner Schritt lag. Diese gefährliche Situation besteht noch immer, aber wir sehen wenigstens die Gefahren und sind bemüht, die Sache des Friedens zu stärken.

Die Bemühungen des vergangenen Jahres dürfen nicht nur danach bewertet werden, ob sie auch tatsächlich zu konkreten Ergebnissen geführt haben. Die Tatsache, daß intelligente, entschlossene und gemeinsame Bemühungen um gerechte Regelungen gemacht worden sind, hat allein schon zum Frieden beigetragen. Dies läßt einen dynamischen Geist und eine Wachsamkeit erkennen, die jedem potentiellen Aggressor zur Warnung gereichen sollten.

In der Vergangenheit ist der Friede oft durch Versagen verloren worden. Lassen sie uns entschlossen dafür sorgen, daß so etwas nicht wieder der Fall ist. Ich kann natürlich nicht auf die mannigfachen Maßnahmen eingehen, die in der letzten Zeit innerhalb und außerhalb der Weltorganisation unternommen worden sind. Ich werde mich daher hauptsächlich auf die politischen Bemühungen beschränken, an denen die USA als aktiver Partner Anteil hatten.

Die Organisation der amerikanischen Staaten

Lassen sie mich zuerst über die Organisation der amerikanischen Staaten sprechen. Das interamerikanische System basiert auf einer langen Tradition der Zusammenarbeit für Freiheit und Frieden in der westlichen Hemisphäre. Die Treue zu dieser Tradition und der Stolz darauf haben dazu geführt, dieser Hemisphäre solche Kriege zu ersparen, die in tragischer Form Europa und Asien im vorigen und in diesem Jahrhundert verwüstet haben. Im vergangenen März beschloß und verkündete die Caracas-

INHALT DIESER BEILAGE:

John Foster Dulles:

Partnerschaft für den Frieden

Helmut Krausnick:

Zur Geschichte und Bedeutung des 20. Juli (S. 509)

Konferenz der amerikanischen Staaten, daß — falls der internationale Kommunismus die Kontrolle der politischen Institutionen irgendeines der amerikanischen Staaten erlangen sollte — dies eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit aller darstellen und kollektive Maßnahmen zur Abwendung dieser Bedrohung erfordern würde.

Wie aggressiv der Kommunismus anderswo auch beurteilt wird, wissen wir in dieser Hemisphäre ohne Ausnahme, daß das Eindringen des Kommunismus hier ernste Konflikte heraufbeschwören würde, wie wir sie zuvor noch nicht kennengelernt haben.

In Guatemala bahnte sich eine deutlich wahrnehmbare Bedrohung des Friedens und der Sicherheit dieser Hemisphäre an. Die amerikanischen Staaten tauschten ihre Ansichten über diese Gefahr aus und waren gerade dabei, ihr gemeinsam entgegenzutreten, als die Bevölkerung Guatemalas diese Bedrohung aus eigenen Kräften zunichte machte.

In diesem Zusammenhang bestand für die Vereinten Nationen Anlaß, die in unserer Charta verkörperten Prinzipien anzuwenden, die unter Bestätigung der weltumspannenden Autorität dieser Organisation die Anwendung regionaler Abkommen vor einer Anrufung des Sicherheitsrates vorsehen. (Artikel 33 und 52.) Diese Bestimmungen waren in San Franzisko in einer langen Debatte ausgehandelt worden, als unsere Charta angenommen wurde. Die amerikanischen Staaten traten damals dafür ein, daß ihre bereits in der Praxis erprobten wechselseitigen Beziehungen in den Rahmen der Vereinten Nationen gestellt und nicht durch sie ersetzt werden sollten, da diese ihrer Ansicht nach infolge des Vetorechtes im Sicherheitsrat nicht immer verläßlich sein könnten. Aus diesem Grunde traf man den Entschluß, die regionalen Abkommen zu einem wesentlichen Bestandteil des Friedenssystemes der Vereinten Nationen zu machen.

In diesem Jahre bewies die Organisation der amerikanischen Staaten erneut, daß sie bereit, fähig und willens ist, den regionalen Frieden aufrechtzuerhalten. Dadurch wurden die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen untermauert und die Basis für einen Frieden in der westlichen Hemisphäre fest ausgebaut.

Deutschland

Vergangenes Jahr erklärte ich an dieser Stelle, daß die Teilung Deutschlands nicht ohne ernste Risiken aufrechterhalten werden kann. In dem Bemühen, dieses Risiko auszuschalten, reiste ich im Januar dieses Jahres nach Berlin, um mit den Außenministern der drei anderen Besatzungsmächte zu beraten. Wir brachten dann zusammen mit Großbritannien und Frankreich einen Vorschlag für die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen vor, die von den Vereinten Nationen oder einer vergleichbaren anderen unparteiischen Körperschaft überwacht werden sollten. Die Sowjetunion kam mit Gegenvorschlägen, die auf eine Erweiterung des sowjetischen Machtbereichs bis zum Rhein hinausliefen. Darin liegt der Grund, daß die gefährliche Teilung Deutschlands noch immer fortbesteht. Ich darf aber auch hinzufügen, daß auch noch etwas anderes nach wie vor besteht: unsere Entschlossenheit, aus dem Geiste des Friedens heraus dieser grausamen, Deutschland zugefügten Ungeerechtigkeit ein Ende zu machen.

Österreich

Im vergangenen Jahr sprach ich auch davon, daß ein österreichischer Staatsvertrag längst überfällig ist. Ich betonte, daß zwischen den Besatzungsmächten kein „wesentlicher Punkt der Unstimmigkeit“ mehr bestand. Auf der Berliner Konferenz wurden von den drei Westmächten die letzten Unstimmigkeiten beseitigt, indem diese von allen Artikeln, bei denen noch Meinungsverschiedenheiten bestanden, die sowjetischen Versionen akzeptierten. Es schien für kurze Zeit so, als ob der österreichische Staatsvertrag unterzeichnet werden könnte. Aber dann stellte die Sowjetunion eine neue Bedingung. Sie erklärte, daß sie Österreich von der sowjetischen Besetzung nicht befreien werde, bevor nicht ein deutscher Friedensvertrag abgeschlossen sei.

Es kann keinen Friedensvertrag mit Deutschland geben, solange Deutschland nicht wiedervereinigt ist. So ist auch Österreich weiterhin ein auf unbestimmte Zeit besetztes Land. Dennoch akzeptieren wir es nicht als endgültig, daß dem unglücklichen Österreich — dem ersten Opfer der Aggression Hitlers und dem Lande, dem die in der Moskauer Deklaration von 1943 enthaltenen Versprechen auf Freiheit und Unabhängigkeit galten — Gerechtigkeit versagt wurde. Die drei Westmächte, unbeirrbar in ihrem Friedensstreben, haben die Sowjetunion erneut in den jüngsten Tagen aufgefordert, den österreichischen Staatsvertrag zu unterzeichnen — eine Tat, die weit eher als ein phrasenreicher Wortschwall zeigen wird, ob andere Fragen nutzbringend erörtert werden können.

Die Einheit

Die Frage der Schaffung des Friedens in Europa wurde durch den kürzlichen Rückschlag bei der Vollendung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft noch mehr kompliziert. Diese Konzeption entsprang der Einsicht, daß die beste Garantie für einen dauerhaften Frieden in Europa in einer organischen Einheit liege, die Frankreich und Deutschland einschließen würde, ferner, daß diese Einheit, die einen Zusammenschluß der militärischen Kräfte dieser beiden Mächte und anderer europäischer

Staaten brächte, eine Garantie für ihren nicht-aggressiven Charakter darstellen werde. Solche Streitkräfte könnten überhaupt nicht zum Einsatz kommen, es sei denn, daß die gesamte Gemeinschaft die Notwendigkeit einer Defensiv-Aktion für gegeben erachtet.

Die Stimmen der kommunistischen Abgeordneten haben mehr bewirkt als nur die parlamentarische Mehrheit zustande zu bringen, die dazu führte, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in einem Lande aufgeschoben wurde. Sie brachten es zuwege, die Teilung Europas, die wiederholt Kriege heraufbeschworen hat, aufrechtzuerhalten.

Die betroffenen freien Völker akzeptieren jedoch die Beibehaltung dessen, was sich historisch als der gefährlichste Brandherd der Welt erwiesen hat, keinesfalls mit Resignation. Sie sind sich der Gefahr bewußt, und sie arbeiten aktiv darauf hin, sie zu überwinden.

Korea

Als ich im vergangenen Jahr hier über Korea sprach, konnte ich von einem Waffenstillstand berichten. Ich sagte, daß es zu diesem Waffenstillstand nicht gekommen sei, weil die kommunistischen Aggressoren den Frieden liebten, sondern weil sie auf eine wirkungsvolle militärische Schranke gestoßen waren. Ich sagte weiter, „Die politische Korea-Konferenz wird, wenn die Kommunisten an ihr teilnehmen, einen besseren Prüfstein abgeben.“ — Sieben Monate harter Verhandlungen waren nötig, um die politische Konferenz zustande zu bringen. Als sie schließlich in Genf stattfand, wurde von seiten der Vereinten Nationen die Einigung Koreas auf der Basis freier gesamt-koreanischer Wahlen vorgeschlagen, die von der UNO überwacht werden sollten. Dieser Vorschlag wurde von der kommunistischen Seite verworfen. Die Kommunisten bestanden darauf, daß die Vereinten Nationen selbst als ein Instrument der Aggression behandelt und von jeder weiteren Tätigkeit in Korea ausgeschlossen werden müssen.

Dieser Gegenvorschlag, der eine Beleidigung der Vereinten Nationen darstellte, wurde von denen verworfen, die stolz die Maßnahmen der UNO in Korea als das erste Beispiel in der Geschichte feierten, daß eine internationale Organisation in der Praxis wirksam gegen eine bewaffnete Aggression eingeschritten ist.

Die Vereinigten Staaten sind nicht der Ansicht, daß sich die Einigung Koreas erst nach einem anderen Krieg vollziehen lasse. Wir haben jeden uns zur Verfügung stehenden Einfluß geltend gemacht, um eine friedliche Lösung des Koreaproblems herbeizuführen, und wir haben nicht den Glauben verloren, daß eine solche Lösung möglich ist.

Südostasien

Auf der Genfer Konferenz haben die kriegführenden Parteien sich gleichfalls mit dem Problem der Schaffung des Friedens in Indochina auseinandergesetzt. Ein acht Jahre währender Konflikt, der immer mehr an Heftigkeit zunahm, wurde beigelegt. Wir können uns alle glücklich schätzen, daß das Töten zu einem Ende gebracht wurde. Auf der anderen Seite dürfen wir unsere Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß mehrere Hunderttausend Menschen aus Nordvietnam auf ihren eigenen Wunsch hin in die nicht von den Kommunisten beherrschten Gebiete evakuiert wurden, und daß darüber hinaus noch Millionen Menschen gegen ihren Willen einem fremden Despotismus ausgeliefert sind. In diesem Falle wurde die Einstellung der Feindseligkeiten teuer erkaufte, und das endgültige Ergebnis läßt sich noch nicht absehen.

Eine Folge war jedoch, daß den am südostasiatischen Raum interessierten Nationen klar die Bedeutung einer kollektiven Organisation zur Verteidigung gegen weitere Aggressions-Handlungen vor Augen geführt wurde. In Manila sind in diesem Monat acht Nationen zusammengekommen. Diese haben einen Vertrag ausgearbeitet und unterzeichnet, der für eine kollektive Verteidigung gegen eine Aggression eintritt.

Selbstbestimmung

Die Manila-Konferenz führt zu weit mehr als zu einer Ausweitung des Gebietes der kollektiven Sicherheit. Sie nahm eine Pazifik-Charta an. Darin proklamierten die acht Länder — asiatische und nichtasiatische Staaten —, die in Manila zusammenkamen, in erhabenen Worten die

Prinzipien der Selbstbestimmung, der Selbstregierung und der Unabhängigkeit. Diese Charta und der Geist der Zusammenarbeit, der sie aus der Taufe hob, sollten ein und für alle Male den Mythos beseitigen, daß zwischen Ost und West ein unvereinbarer Gegensatz besteht. Die Völker Asiens, die bereits die Freiheit haben oder die die Freiheit suchen, müssen nicht angesichts des neuen Imperialismus schwach, geteilt und ohne Unterstützung bleiben, angesichts eines Imperialismus, der bereits 800 Millionen Menschen, die einst in 15 wirklich unabhängigen Ländern lebten, unter die koloniale Knechtschaft gebracht hat.

Atomenergie

Das vergangene Jahr hebt sich besonders durch die eingehenden Bemühungen zur Regelung der Frage der Atomenergie hervor. Die Vereinigten Staaten haben sich bereiterklärt, ihre führende Position auf diesem Gebiete mit anderen Ländern auf solche Weise zu teilen, daß sich viele Nationen an einem großen neuen Vorhaben zum Wohle der Menschheit beteiligen können. Wir hofften, die Atomenergie, bislang ein Instrument des Todes, zu einer Quelle des Segens für das menschliche Leben zu machen.

Ich erinnere mich noch auf das lebhafteste an den 8. Dezember 1953, als Präsident Eisenhower hier seinen Vorschlag unterbreitete, alle Nationen im Besitze spaltbaren Materials sollten unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen an der Schaffung einer internationalen Atombank zusammenarbeiten. Dieser Behörde sollten sie alle spaltbares Material zuweisen, das dann für produktive und nicht für destruktive Zwecke verwandt werden sollte.

Ich war Zeuge dieses dramatischen Augenblicks und erlebte den allgemeinen Beifall, mit dem dieser Vorschlag aufgenommen wurde — ein Beifall, der in allen Teilen der Welt seinen Widerhall fand.

Da öffentlich geführte Verhandlungen mit der Sowjetunion oftmals die Tendenz zu zeigen scheinen, in einem Propaganda-Wettstreit zu enden, schlug Präsident Eisenhower vor, diese neuen Verhandlungen geheim zu führen. Die Regierung der Vereinigten Staaten unterbreitete nach Beratungen mit anderen Nationen einen konkreten und detaillierten Vorschlag, um Präsident Eisenhowers große Konzeption in die Tat umzusetzen.

Ich selbst traf mehrere Male in Berlin und Genf mit dem sowjetischen Außenminister zusammen, um diese Frage zu erörtern. Wir sind durchaus bereits, einer Veröffentlichung aller im Rahmen dieser Verhandlungen zwischen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ausgetauschten Dokumente zuzustimmen.

Wir hofften und glaubten, daß — wenn die Sowjetunion sich den Vereinigten Staaten, Großbritannien und den übrigen Nationen anschließen würde, die über spaltbares Material und Kenntnisse in der Atomtechnik verfügen — diese Tat der Zusammenarbeit einen Rahmen schaffen werde, der sich auch auf weitere Gebiete ausdehnen würde.

Der von uns unterbreitete Plan konnte niemanden schaden. Er wurde mit der Hoffnung motiviert, daß hierdurch die dunkelste Wolke beseitigt würde, die über der Menschheit schwebt. Seine anfänglichen Dimensionen waren nicht so weitgehend, daß sie die militärischen Fähigkeiten der Sowjetunion hätten beeinträchtigen können, und es gab keinen offensichtlichen Grund für seine Ablehnung. Und vor allem war dieser Plan praktisch, leicht durchführbar und nicht von einer ins einzelne gehenden Überwachung abhängig.

Dennoch wurde der Vorschlag von der Sowjetunion im vergangenen April praktisch zurückgewiesen. Diese Zurückweisung erfolgte nicht wegen angeblicher Mängel des Planes selbst. Diese hätte man sicherlich in Verhandlungen eliminieren können. Die sowjetische Haltung lief praktisch auf folgenden Standpunkt hinaus: Wir werden nicht an der friedlichen Entwicklung der Atomenergie mitarbeiten, wenn man nicht von vornherein übereinkommt, zunächst einmal auf jene atomaren Mittel zu verzichten, die für die freien Nationen die stärkste Verteidigungshandhabung gegen jede Aggression darstellen.

Bis zum heutigen Tag hat die Sowjetregierung keine Bereitschaft erkennen lassen, sich an der Verwirklichung des Planes von Präsident Eisenhower außer unter dieser völlig unannehmbaren Bedingung zu be-

teiligen. Als es gestern bekannt wurde, daß ich heute zu dieser Frage Stellung nehmen werde, brach die Sowjetunion ihr fünfmonatiges Schweigen mit einer Note, in der sie ihrer Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen Ausdruck gab. Aber diese Note enthielt noch immer keinerlei Hinweis darauf, daß die Sowjetunion ihre Position aufgegeben habe.

Die Vereinigten Staaten sind auch weiterhin zu Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit. Aber wir werden nicht länger mehr unsere Bemühungen um die Errichtung einer internationalen Atomenergiebehörde zurückstellen.

Die Vereinigten Staaten sind entschlossen, Präsident Eisenhowers Vorschlag nicht solange hinhalten zu lassen, bis er tot ist. Er wird ständig genährt und weiterentwickelt werden. Wir werden auf seine Verwirklichung drängen und zwar in enger Partnerschaft mit den Ländern, die, durchdrungen von den Idealen der UNO-Charta diese große neue Kraft zu einem Werkzeug des Menschenfreundes und Staatsmannes machen können und nicht lediglich zu einer furchterregenden Erweiterung des Kriegsarsenals. Die Vereinigten Staaten schlagen vor, daß ein neuer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird, der es uns ermöglicht, über unsere Bemühungen um die Erschließung und Entwicklung der ungeheuren Möglichkeiten für eine friedliche Verwendung der Atomenergie zu berichten. Diese Bemühungen waren und werden auch weiterhin auf folgende Ziele ausgerichtet sein:

1. Die Schaffung einer internationalen Behörde, zu deren Mitgliedern schon von Anfang an Staaten aus allen Teilen der Erde gehören werden. Es steht zu hoffen, daß eine derartige Behörde schon im kommenden Jahr ihre Arbeit aufnehmen wird.
2. Die Einberufung einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz, um dieses umfangreiche Gebiet eingehend zu erörtern; sie soll bereits im Frühjahr 1955 unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zusammentreten.
3. Die Eröffnung einer Reaktor-Ausbildungsschule in den Vereinigten Staaten im kommenden Jahr, auf der Wissenschaftler aus anderen Ländern in den mit der Erschließung der Atomenergie zusammenhängenden Fragen unterwiesen werden, unter besonderer Berücksichtigung ihrer Verwendung für friedliche Zwecke.
4. Die Einladung einer großen Anzahl von Fachärzten für innere Medizin und Chirurgie aus dem Auslande, die an den Arbeiten in unseren Krebsforschungskrankenhäusern teilnehmen sollen, — hier spielen Methoden unter Anwendung von Atomenergie eine ganz besonders wichtige und hoffnungsvolle Rolle bei dem Bemühen neue Wege zur Kontrolle dieser Geißel der Menschheit zu erschließen.

Ich möchte es nachdrücklich klarmachen, daß bei unseren Plänen keine Nation von einer Beteiligung an diesem großen Vorhaben ausgeschlossen wird. In dem Maße, in dem unsere Vorschläge Gestalt annehmen, sind alle Nationen, die sich für eine solche Beteiligung interessieren und willens sind, die Verpflichtungen der Mitgliedschaft zu übernehmen, herzlich eingeladen, mit uns gemeinsam an der Planung und Ausführung dieses Programmes zu arbeiten.

Obschon uns viel durch die negative Haltung der Sowjetunion vorenthalten wird, bleibt doch noch viel zu tun übrig. Wir müssen auf jene große Entspannung verzichten, die möglich gewesen wäre, hätte sich die Sowjetunion bereiterklärt, mit anderen Nationen hinsichtlich jenes Gebiets zusammenzuarbeiten, das die Quelle für so viel Furcht und für so große Hoffnungen ist. Dennoch läßt sich viel im Hinblick auf wirtschaftliche und humanitäre Fortschritte erreichen. Es kann kein Wunder über Nacht geschehen. Aber wir können ein Programm zusammenstellen und ihm lebendigen Geist einhauchen, um sicherzustellen, daß wir den Lebensstandard von Millionen von Menschen mittels der Atomenergie heben können. Dies zu erreichen, ist unser fester Vorsatz.

Begrenzung der Rüstungen

Eng mit dem Problem der friedlichen Nutzbarmachung der Atomenergie ist die ganze große und schwierige Abrüstungsfrage verknüpft.

Im vergangenen Jahre haben die Vereinigten Staaten vor dieser Versammlung ihren glühenden Wunsch zur Reduzierung der Rüstungslasten bekräftigt. Ich erklärte hier, daß die Vereinigten Staaten mit großem

Nachdruck die technischen Studien über eine Kontrolle und Begrenzung der Rüstungen fortführen würden, die für jede Lösung dieses Problems von entscheidender Wichtigkeit sind.

Im vergangenen Frühjahr nahmen die Vereinigten Staaten in London an Gesprächen mit der Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und Kanada teil, die in einem Unterausschuß unserer Abrüstungskommission stattfanden und feststellen sollten, ob ein neues Aufgreifen dieses Problems zu einer für die Sowjetunion wie auch für die freie Welt akzeptablen Lösung führen könnte. Die Protokolle dieser Sitzung sind nun veröffentlicht worden.

Es zeigte sich, daß die Vertreter Kanadas, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten mit Geduld und Erfindungsgabe alle Möglichkeiten eines Übereinkommens mit der Sowjetunion zu erforschen suchen, die mit der Sicherheit aller Länder vereinbar sein würden. Wir machten es noch einmal klar, wie wir es immer und immer wieder in der Vergangenheit getan haben, daß wir die Verwendung der Atomenergie für alle anderen als friedlichen Zwecke auszuschalten suchen.

Auf diese Bemühungen antwortete die Sowjetunion mit der glatten Ablehnung, unsere Vorschläge auch nur auf ihren sachlichen Gehalt hin zu erörtern. Der springende Punkt an der Haltung der Sowjetunion lag darin, daß sie noch vor Eintritt in echte Abrüstungsverhandlungen auf einer papierernen Ächtung der Anwendung von Atomwaffen seitens der Großmächte besteht. Erst soll der große Schutzschild, das wichtigste Abschreckungsmittel, aufgegeben werden, um dann die freien Völker dem ungeheuren Menschenpotential der Kommunisten auszuliefern. Wenn dieses Mißverhältnis in der Stärke erst sichergestellt ist, dann wird die Sowjetunion — vielleicht — aus ihrer Position der gesicherten Überlegenheit heraus weiter verhandeln.

Ein solches Vorgehen würde die Sicherheit keines freien Volkes erhöhen können.

Wir müssen, wenn auch zögernd, feststellen, daß die Sowjetunion gegenwärtig nicht den ernsthaften Wunsch hegt, über die Abrüstung zu verhandeln. Wir werden aber auch weiterhin hoffen und darauf hinarbeiten, daß die Sowjetunion sich schließlich bereitfindet, an einem Programm mitzuarbeiten, daß der verschwenderischen Zweckentfremdung reicher wirtschaftlicher Hilfsquellen ein Ende bereiten und diese einer konstruktiven Verwendung im Dienste der Menschheit zuführen könnte.

Überprüfung der Charta

Sie werden ohne Zweifel festgestellt haben, daß viele der von mir erwähnten Bemühungen um den Frieden außerhalb der Vereinten Nationen unternommen wurden. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die Organe der Vereinten Nationen selbst ständig Arbeit leisten, die wesentlich, wenn auch nicht unmittelbar ins Auge fallend, zur Schaffung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen beitragen, die die Grundlage des Friedens darstellen. Die Vereinten Staaten möchten all denen, die diese unerläßlichen Aufgaben durchführen, ihre höchste Anerkennung aussprechen.

Wenn sich viele wichtige politische Entwicklungen außerhalb des direkten Rahmens der Vereinten Nationen abgespielt haben, dann bestehen dafür zwei Gründe — ein guter und ein schlechter.

Die Charta der Vereinten Nationen enthält die Bestimmungen, daß die Beteiligten an einem Streit, der eine Bedrohung für den internatio-

nen Frieden und die internationale Sicherheit darstellt, zunächst eine Beilegung dieses Streites auf dem Verhandlungsweg versuchen, regionale Körperschaften anrufen, oder sich anderer friedlicher Mittel nach ihrem Gutdünken bedienen. Nur wenn sich alle diese Wege als aussichtslos erweisen, sollen die streitenden Parteien vor den Sicherheitsrat treten. Mit anderen Worten: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sollte niemals ein Gerichtshof erster Instanz sein, sondern war vielmehr als letztinstanzliches Entscheidungsgremium gedacht. In diesem Sinne entsprechen die bis dahin noch nie dagewesenen Bemühungen um den Frieden während des vergangenen Jahres ganz den von der Charta gesetzten Normen.

Es besteht noch ein zweiter Grund und dieser ist beunruhigend. Es ist dies die Tatsache, daß die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen bei weitem nicht all die Länder umfaßt, die friedliebend sowie in der Lage und gewillt sind, die Verpflichtungen der UNO-Charta zu erfüllen, und die zwangsläufig an zahlreichen kritischen internationalen Problemen beteiligt sind. 14 Länder sind gegenwärtig nur durch die Anwendung — in Wirklichkeit durch den Mißbrauch — des sogenannten VETO-Rechts von der UNO-Mitgliedschaft ausgeschlossen. Keines dieser Länder gehört der gleichen Kategorie wie Rotchina an, das von den Vereinten Nationen der Aggression schuldig befunden worden ist. Alle 14 Länder sind voll für die UNO-Mitgliedschaft qualifiziert.

Sofern nicht Wege gefunden werden können, um diese friedliebenden Länder, die sich dem Recht beugen, in diese Organisation zu bringen, werden Macht und Einfluß dieser Organisation zwangsläufig immer mehr schwinden.

Wir nähern uns dem zehnten Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen. Alle Regierungen und Völker der Mitgliedstaaten dürfen mit gutem Recht dankbar sein für die großen Leistungen und Erfolge der UNO und für die einzigartigen Dienste dieser Organisation als Forum für internationale Gespräche. Aber der herannahende Jahrestag muß mehr werden als nur ein Tag der Selbstbeglückwünschung. Es ist an der Zeit, die Schwächen unserer Organisation aufzuzeigen und nach Mitteln und Wegen zu suchen, durch die die UNO in die Lage versetzt werden kann, besser als ein Bürge des Friedens und der Gerechtigkeit und als Mittelpunkt für die Harmonisierung des Handels der Nationen zu dienen. Dies war gerade die Idee ihrer Gründer, die eine Konferenz zur Überprüfung der Charta vorsahen, die auf der nächsten Jahressitzung unserer Versammlung einberufen werden soll.

Zusammenfassung

Die Bemühungen um die Herstellung des Friedens haben uns große Hoffnungen aber auch tiefe Enttäuschungen gebracht. Aber nach Tiefpunkten lebt immer neue Hoffnung auf. Namens der Regierung der Vereinigten Staaten möchte ich abschließend feststellen, daß wir überzeugt sind, daß der internationale Friede ein erreichbares Ziel ist. Das ist die Voraussetzung, von der alle unsere Planungen ausgehen. Wir geloben, niemals zu zaudern, uns niemals entmutigen zu lassen, sondern zuversichtlich und unermüdlich so zu handeln, daß der Frieden für uns ein allzeit verbindlicher Grundsatz des Handelns wird.

Wir wissen, daß wir dabei nicht allein stehen. Und das nicht nur darum, weil wir aus Nützlichkeits erwägungen Bündnisse und Pakte eingegangen sind. Wir stehen nicht allein, weil der Geist des Friedens wie ein Magnet viele Menschen und viele Nationen verbindet und sie zu einer loyalen Partnerschaft für den Frieden zusammenschweißt.

HELMUT KRAUSNICK

Zur Geschichte und Bedeutung des 20. Juli

Den folgenden Ausführungen liegt ein Vortrag zugrunde, der am 20. Juli 1954 im Rahmen einer Feierstunde gehalten wurde, die der Kreisjugendring in Saugau/Württ. veranstaltete.

In seinem Buche „Geist der Freiheit“ hat Eberhard Zeller den 20. Juli das einzige sinnbildliche Ereignis unserer Zeit genannt. Wir werden zu erkennen haben, worin dieser symbolische Charakter des Ereignisses liegt. Zunächst dürfen wir eines feststellen: Es handelt sich beim 20. Juli nicht in jener Art und jenem Grade um einen „historischen“ Vorgang, wie etwa bei dem 18. Januar 1871, dem 9. November 1918 oder dem 30. Januar 1933. „Der 20. Juli“ enthält eine im weitesten Sinne politische Problematik, die trotz seines äußeren Fehlschlages uns als Volk und als Menschen schlechthin auch heute nicht losläßt; er ist ein zukunftsträchtiges Ereignis in der vollen Bedeutung des Wortes, das uns zur Stellungnahme zwingt. Wer aber gewissenhaft zu ihm Stellung nehmen will, muß gleichsam ein Bekenntnis ablegen. Denn das Ereignis rührt an letzte Fragen des Menschlichen überhaupt. Eine klärende Auseinandersetzung mit seinem inneren Gehalt, seinen zeitlosen Problemen ist Voraussetzung dafür, fortwirkende Konflikte zu lösen und Entscheidungen recht zu treffen, vor die wir heute oder in Zukunft gestellt werden. Der Pädagoge Erich Weniger sagt: „Lassen wir das Urteil in der Schwebe, können wir nicht in allen wesentlichen Bezügen zu einheitlichen Überzeugungen gelangen, so wird es auch schwerfallen, über die künftigen Wege des deutschen Volkes ins reine zu kommen.“

Und worin liegt nun die Sinnbildlichkeit des Ereignisses? Ich meine, vor allem in dem Zeichen eines aktiven Protestes, das Männer verschiedenster politischer Einstellung vor der Welt aufgerichtet haben als bewußte Abkehr von Wesen und Handeln ihrer sittlich entarteten Staatsführung, und zwar aufgerichtet haben ohne Gewähr für den äußeren Erfolg, ohne Rücksicht auf ihren Ruf und Nachruhm, letztlich aus einem Gebot des Gewissens heraus. Dieses Sinnbild, verschweigen wir es nicht, ist heute gefährdet. Gefährdet nicht nur durch die Trägheit des Herzens, ein schnelles Vergessen, durch leichtfertiges Verkennen oder gar böswilliges Verzerren der entscheidenden Beweggründe der Beteiligten. Es ist,

und zwar begreiflicherweise, vielleicht am meisten deshalb gefährdet, weil wir rückschauend nur schwer den einzigartigen Umständen gerecht werden können, unter welchen es zu der Tat des 20. Juli kam. Die Gefahr besteht, daß wir, je mehr wir uns zeitlich von dem Zustand der damaligen Rechts- und Staatsentwicklung entfernen, das Ereignis mit falschen Maßstäben messen. Dies gilt vor allem für eine nachwachsende Generation. Mit einem Wort: der Ausnahmeharakter der Umstände und der Gewissenslage, die zu diesem Ereignis geführt haben, muß erkannt und verstanden werden. Dabei dürfen wir die außergewöhnliche Natur der Tat selbst durch keine Umschweife beschönigen oder entstellen. Das beispiellose Faktum etwa, daß hier Offiziere gegen das Staatsoberhaupt und ihren sogenannten Obersten Kriegsherrn, dem sie einen Eid geleistet hatten, die Waffe erhoben, muß vielmehr in seiner ganzen Bedeutung erkannt und erwogen werden. Wir wollen es uns nicht so leicht machen, darauf hinzuweisen, daß sich unter den Männern des 20. Juli solche befinden — ich nenne nur Moltke, Yorck, Schwerin,

Schulenburg —, deren bloßer Name für Loyalität und Treue gegenüber den Forderungen des Gemeinwesens zu bürgen scheint. Wir wollen auch einer aufrichtig gemeinten Besorgnis derer nicht ausweichen, die von einer positiven Würdigung der Männer des 20. Juli eine Gefährdung der Treue und Disziplin einer künftigen deutschen Wehrmacht befürchten. Gestehen wir es nur: Vielen ein Wegweiser zur inneren Erneuerung, manchen ein Ärgernis oder doch ein heikler Tatbestand — das gilt heute vom 20. Juli. Um so mehr ist der Historiker aufgerufen und verpflichtet, die rechten Maßstäbe zur Beurteilung des damaligen Handelns zu suchen. Ihm zuzumal fällt die Aufgabe zu, die Taten der Männer des Widerstandes von neuem hineinzustellen in die Einmaligkeit der konkreten geschichtlichen Situation, Umstände und Bedingungen ihres Handelns aufzuzeigen und womöglich die einzigartige Atmosphäre heraufzubeschwören, in der jene Männer handelten. Die Erklärung der geschichtlichen Taten aus den Bedingungen und Umständen ihrer Zeit ist ja von jeher das eigentliche Anliegen historischer Betrachtung gewesen.

Die Zwiespältigkeit des Nationalsozialismus

Zum Verständnis der aktiven Widerstandshandlungen gegen die Staatsgewalt des „Dritten Reiches“ ist es also erforderlich, uns die Bedingungen und Umstände des deutschen Lebens in der nationalsozialistischen Zeit in großen Zügen zu vergegenwärtigen. Das deutsche Volk war nach 1918 mit seinem Schicksal innerlich nicht fertig geworden. Mit drei Tatsachen vor allem konnten sich weite Kreise nicht abfinden: mit dem Sturz der Monarchie, mit dem verlorenen Krieg und mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Die rasch improvisierte Demokratie von Weimar aber stand von Anfang an unter ungeheuren Belastungen: dem seelischen Druck der Niederlage, den Verpflichtungen aus einem harten Friedensvertrag, und nicht zuletzt zermürbendem Kampf mit wirtschaftlicher und sozialer Not. Die Gegner der Republik belasteten sie

mit der Schuld an alledem. Auf die militärische Niederlage reagierte das verletzte Selbstgefühl der Nation mit der Legende vom Dolchstoß in den Rücken eines angeblich unbesiegten Heeres. Vernunft und Geduld des deutschen Volkes reichten nicht aus, die allmählichen außen- und innenpolitischen Fortschritte der Weimarer Republik gerecht zu würdigen. So warf es sich, zumal im Sturm der Weltwirtschaftskrise, einer Bewegung in die Arme, die dem allgemeinen Unwillen den lautesten und wirkungsvollsten Ausdruck gab und die zugleich eine grundstürzende Änderung der gesamten Verhältnisse durch eine nationale und soziale Erneuerung versprach. Ohne wirkliche Kenntnis der nationalsozialistischen Ideologie, ohne Erkenntnis der fragwürdigen Persönlichkeiten der nationalsozialistischen Führung, verknüpften die meisten

mit dem Wollen der neuen Bewegung das, was ihnen selber an erwünschten Zukunftszielen vorschwebte. „Geblendet durch den Anschein höchster nationaler Energie“ der neuen Staatsführung, wie Friedrich Meinecke sagt, leistete man ihr einen ungeheuren Vorschub von Vertrauen. Nur ein Vorgang sei als Symptom festgehalten: Am Abend des 30. Januar 1933 setzte sich in Bamberg ein junger Kavallerieoffizier in voller Uniform an die Spitze eines Fackelzuges, der die Machtergreifung Adolf Hitlers feierte; es war Graf Stauffenberg, der Mann der Tat des 20. Juli.

Das ursprüngliche Vertrauen, das Millionen dem Nationalsozialismus entgegenbrachten, machte im Laufe der Zeit einer Zwiespältigkeit des Empfindens Platz, und diese Zwiespältigkeit des Empfindens entsprach nur der Zwiespältigkeit des Wesens und Handelns der neuen Staatsführung selbst. Einige Gegenüberstellungen mögen sie kennzeichnen: Sogenannte nationale Erhebung im Frühling 1933 auf der einen Seite — zwangsweise Einheitspartei mit willkürlicher Einweisung Widerstrebender in Konzentrationslager auf der anderen; Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums — in Wahrheit Besetzung der führenden Staats- und Kommunalstellen durch Parteifunktionäre; Nationalfeiertag des 1. Mai und Vernichtung der Gewerkschaften; Bekenntnis zum positiven Christentum und schamloser Propagandafeldzug gegen die christlichen Kirchen,

Außerkräftsetzung persönlicher Gewissensbindungen zugunsten ausschließlicher Verpflichtung gegenüber der totalen Partei; Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht und am gleichen Tage Verhaftung von hunderten ihrem religiösen Bekenntnis treuer Pfarrer; Proklamierung der Wehrmacht zum einzigen Waffenträger der Nation und fortschreitende Bewaffnung der SS; Ziel einer organischen Volksgemeinschaft und Erstickung des freien Gemeinns durch staatlichen Zwang auf allen Gebieten. Unterdessen planmäßige Zersetzung des Rechtsstaates. Mit dem Grundsatz „Recht ist, was dem Volke nützt“ wird der Rechtsgedanke überhaupt geleugnet. Obendrein ist für das, was dem Volke nützt, die Meinung des Staatsoberhauptes allein maßgeblich. Mit der willkürlichen Ermordung politischer Gegner ohne Gerichtsverfahren am 30. Juni 1934 prägt das Regime sich endgültig aus, rückt die SS in die Stellung der mächtigen Organisation, die der weiteren Entwicklung des nationalsozialistischen Staates ihr Gesicht gibt. Eine „Atmosphäre des Argwohns“ breitet sich aus. Der wahre Sinn des totalen Staates aber enthüllt sich, wie Bundespräsident Theodor Heuss es ausgedrückt hat, in der „Verstaatlichung des Menschen“ mit Hilfe einer in schlimmster Weise mißbrauchten modernen Technik. Ein Parteiidol wird zum Maß aller nationalen Dinge. Soweit wirklich noch eine Ideologie dem allen zugrunde liegt, ist es die des engsten biologischen Materialismus.

macht die sogenannte „Ordnung“ eines nationalsozialistisch beherrschten Europa garantierte. Der in der SS gepflegte Geist des Herrentums aber hatte einen zunehmenden Verzicht auf menschliche Rücksichten gegenüber der Umwelt notwendig im Gefolge.

Seit der Zeit der „wildem“ Konzentrationslager der SA von 1933/34 mit ihren improvisierten Terrorakten hatten die Konzentrationslager der SS längst ein System moralischer oder physischer Vernichtung des politischen Gegners entwickelt. Im Kriege stellte die Staatsführung Häftlinge für geheimste medizinische Versuche zur Verfügung; sie hatten in vielen Fällen einen kaltblütigen Mord zur Voraussetzung ihres kriegswichtigen Nutzeffekts. Gegner dieser Menschenversuche bedrohte Himmler als Hoch- und Landesverräter. Gewisse moderne, nicht auf Deutschland beschränkte, rein naturwissenschaftliche Auffassungen der Medizin im Zeitalter des technisierten Gemeinwesens enthüllte hier ein totaler Staat in der vollen Furchtbarkeit ihrer letzten Konsequenzen. Den Krieg benutzte Hitler auch dazu, einen weiteren Plan nationalsozialistischer Gedankenwelt, das sogenannte Euthanasie-Programm, durchzuführen. Danach sollte unheilbaren Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden. Schon der zur Ermittlung des betroffenen Personenkreises versandte Fragebogen zeigte jedoch den wahren Sinn von Hitlers Erlaß; denn er machte den Grad der Arbeitsleistung und auch die Rasse zu wesentlichen Gesichtspunkten für die Gewährung des Gnadentodes. Praktisch lief das Programm denn auch wesentlich auf die Beseitigung „unnützer Esser“ hinaus. Die tiefgehende Erregung weiterer Kreise, als diese Maßnahmen ruchbar wurden, das mutige Auftreten hervorragender Kirchenführer, zwangen Hitler in diesem Fall sogar, einen Schritt zurückzuweichen. Da er es nicht wagte, sich während des Krieges durch ein Gesetz zu seinen Handlungen zu bekennen, befahl er im August 1941 die vorläufige Einstellung der Aktion. Ihre Handlanger und ihre Mittel sollten jedoch für eine noch weit schrecklichere Aufgabe verwendet werden.

Bereits am 30. Januar 1939 hatte Hitler als Ergebnis eines neuen Weltkrieges die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa prophezeit. Einmal ging man im Reich und in den besetzten Gebieten daran, den Juden durch eine endlose Reihe von Verboten jede Existenzmöglichkeit zu nehmen. Man brandmarkte sie mit dem gelben Stern, raubte ihnen jeden Rechtsschutz, ja übertrug ihre Strafgerichtsbarkeit der Polizei. Damit nicht genug. Mit dem Plan zum Angriff auf Sowjetrußland verknüpfte sich bei Hitler spätestens im Frühjahr 1941 die Absicht, die dabei in deutsche Hand fallende jüdische Bevölkerung summarisch und systematisch zu vernichten. Er schritt damit zum größten Massenmord der Geschichte. Nach Beginn des Rußlandfeldzuges wurden zunächst vier sogenannte Einsatzgruppen gebildet, deren wichtigste und ge-

„Säuberung“ unter SS-Vorherrschaft

Auf die Spitze aber treibt das alles der schließlich von der Staatsführung entfesselte Krieg. Denn dieser Krieg entthronte das Regime ja aller Rücksichten auf die Außenwelt und schuf so Bedingungen, unter denen sich die im Nationalsozialismus wirksamen Tendenzen vollends entfalten konnten. Er eröffnete gleichsam der Experimentierfreiheit der Machthaber einen Raum, der auf dem Höhepunkt des Kampfes fast das gesamte kontinentale Europa umfaßte. In den besetzten Gebieten kam dies teilweise noch klarer zum Ausdruck als in Deutschland selbst, wo die Staatsführung den Erfolg der Anstrengungen eines ganzen Volkes im Dienste des Krieges nicht durch übermäßige seelische Belastung gefährden wollte. So trat Hitler beispielsweise in der Kirchenfrage zeitweilig kürzer, obgleich sich nichts an seiner Entschlossenheit änderte, die Kirchen eines Tages zu beseitigen und das deutsche Volk aus seinem christlichen Herkommen zu lösen: „Wenn die äußeren Feinde am Boden liegen“, so erklärte der Gauleiter Robert Wagner am 12. Juni 1941 in Karlsruhe, „kommen die inneren Feinde dran; es laufen noch solche mit Hermelin und Purpur in deutschen Landen herum.“ Ein Jahr darauf bemerkte Hitler selbst zu Alfred Rosenberg, daß er nach dem Kriege mit entsprechenden Maßnahmen gegen die Kirche vorgehen werde; er glaube, er könne mit seiner

Autorität noch tun, was einem anderen später schwerfallen würde.

Seit Kriegsbeginn stand die innere Entwicklung Deutschlands im Zeichen zunehmender Vorherrschaft der SS. Himmler hat sie im Sinne verschwommen-romantischer Vorstellungen als rassisch ausgelesene politische und militärische Elite zu einem Orden von Herrenmenschen gestalten wollen. Damit verknüpfte sich das andere Ziel, die SS personell und organisatorisch mit den verschiedenen Polizeiformationen von Staat und Partei zu einem großen „Staatsschutzkorps“ zu verschmelzen. Im sogenannten Reichssicherheitshauptamt hatte die ebenso skrupellose wie in ihrer Art überlegene Intelligenz Heydrichs ein Zentralorgan geschaffen, das Deutschland und das besetzte Ausland mit einem Netz von Unterorganen überzog, die alle Lebensbereiche kontrollierten und dirigierten. Allein die Geheime Staatspolizei zählte in den Jahren 1943—45 mehr als 40 000 Angehörige. Dazu kam die planmäßige Vermehrung der Waffen-SS, mit der das nationalsozialistische Regime sich eine eigene Wehrmacht geben wollte. Sie zählte bei Kriegsende über 800 000 Mann, und niemand konnte daran zweifeln, daß sie nach einem Siege das stehende Heer bilden würde, dessen Vorposten nach den vermessenen Plänen der Staatsführung die Wacht am Ural halten sollten, während seine Haupt-

heimste Aufgabe darin bestand, den jüdischen Männern, Frauen und Kindern Umsiedlung vorzutäuschen, um sie sodann zu erschießen. Während dies geschah, liefen schon die Vorbereitungen für jene methodischer und unauffälliger angelegte Vernichtung von Juden, für die der Name Auschwitz zum Iurchtbaren Symbol geworden ist. Teilweise wurde dabei das gleiche Personal verwendet, das bei der Durchführung des Euthanasie-Programms „Erfahrungen gesammelt“ hatte. Nicht weil sie sich etwas hätten zuschulden kommen lassen oder weil sie eine ernstzunehmende Gefahr

darstellten, wurden hier Menschen getötet. Allein einer Theorie, einem irrationalen Prinzip zufolge, aber nach einer höchst rationalen Methode wurden sie, lediglich ihrer biologischen Existenz halber, wie Ungeziefer vernichtet. Die Gesamtzahl der Opfer muß auch heute noch auf 4½ bis 6 Millionen geschätzt werden. Die Sorgfalt, mit der die nationalsozialistische Staatsführung diese Ausrottung getarnt hat, beweist, daß sie in ihrer Judenpolitik längst die Grenzen dessen überschritten wußte, was eine Mehrheit des eigenen Volkes billigen würde.

„Recht ist, was dem Volke nützt“

Es konnte nicht ausbleiben, daß das, was ein totaler Staat und seine Beherrscher taten, zu Reaktionen führte, die in manchen Erscheinungsformen nun ebenfalls alle normalen Maßstäbe sprengten. Hitlers übersteigter Nationalismus hatte die pessimistische Voraussage Grillparzers einer Entwicklung von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität Wahrheit werden lassen. Nach dem erwähnten Prinzip „Recht ist, was dem Volke nützt“, wurden vollends im Kriege willkürlich Urteile gesprochen, bereits gesprochene verschärft, elementarste Grundrechte verletzt, der Gedanke der Nächstenliebe geächtet und damit die Fundamente der abendländischen Ordnung erschüttert. Die Umwertung und Entwertung aller Werte, die Hitler selbst heraufbeschworen hatte, konnte nun aber auch vor dem „spezifischen Patriotismus“ nicht halt machen: Hitlers frivolem Wort von den „lächerlichen Fesseln einer sogenannten Humanität“ konnte nur jene Rückbesinnung auf das elementar Menschliche entsprechen, die das einigende Band der deutschen Widerstandsgruppen werden sollte. Wohl gab den Hauptträgern des Widerstandes zunächst das Gefühl der Mitverantwortung für das wahre Interesse der eigenen Nation den Anstoß zum Handeln. Doch dieses wahre Interesse der deutschen

Nation stand mit einer europäischen Verantwortlichkeit für sie nicht im Widerspruch. Die Reinigung des eigenen Hauses erschien schließlich als die moralisch-politische Voraussetzung für Deutschlands Wiedereintritt in den Kreis der christlichen Völker. Ja, Idealisten erhofften in der erlebten Solidarität der verschiedenen nationalen Widerstandsbewegungen gegen totalitäre Unmenschlichkeit eine zukunftssträchtige Grundlage für ein neues Europa. Es ist diese geistige und politische Ausnahmesituation, die wir uns vergegenwärtigen müssen, wenn wir zum Verständnis des Widerstandes vordringen wollen. Nichts unhistorischer und also ungerechter, als Haltungen und Handlungen, die dem Gebot des Gewissens in einer unvergleichbaren geschichtlichen Lage in einem entarteten Staatswesen entsprangen, nach den für „normale“ Zeiten üblichen Maßstäben zu beurteilen oder gar zu verurteilen. Die konsequentesten Vorkämpfer des Widerstandes selbst waren andererseits nicht geneigt, ihr Verhalten zur Richtschnur, zu einem sittlichen Prinzip für alle zu erheben. Sie blieben sich im Sinne des Pfarrers Bonhoeffer demütig bewußt, daß ein verantwortliches Handeln, wie sie es vollzogen, letzten Endes auf die Gnade Gottes angewiesen bleibt.

Vielfältige Opposition

Stets und zumal im Kriege hat das nationalsozialistische Regime es meisterlich verstanden, die Besten des Volkes in Gewissenskonflikte darüber zu stürzen, was sie ihrem ständig und allseitig gefährdeten Gemeinwesen recht eigentlich schuldeten. Es war denn auch ein Weg fortgesetzter innerer Konflikte, der eine Elite der Nation zur äußersten Konsequenz des aktiven Widerstandes, zur Verletzung formaler Loyalität und endlich zum Attentat auf das Staatsoberhaupt trieb. Die Organisation des totalen Staates und seine geschickte Behandlung der breiten, großenteils religiös indifferenten Massen bedingte es, daß es nicht zu einer eigentlichen „Bewegung“ des Widerstandes kam. Die für eine erfolgreiche Auflehnung notwendige Einmütigkeit des Handelns war überdies unter dem Polizei-

regiment kaum realisierbar. Man hat daher zutreffend von einer „Vielfalt oppositioneller Kreise“ gesprochen, „die sich gegenseitig überschneiden“ (Schlabrendorff). Die meisten Gegner des Regimes fanden moralischen Rückhalt und seelischen Kraftquell im Widerstand der beiden christlichen Kirchen. Doch unbeschadet des entschlossenen Protestes vieler ihrer Führer gegen Rassenwahn und Euthanasie konnte es nicht Sache der Kirchen sein, selber in den politischen Kampf einzugreifen. Die alten Parteien und die Gewerkschaften aber waren zerschlagen, ihre Vorkämpfer bei allem Mut gegenüber der Staatsgewalt ohnmächtig. So richteten sich die Blicke der Opposition, in der sich Angehörige der ehemaligen Parteien, der Gewerkschaften, der Beamenschaft und der Geistlichkeit mit hervorragenden

den Einzelpersonlichkeiten zusammenfanden, mehr und mehr auf die Armee.

Es gab in dieser Armee nachgerade zahlreiche grundsätzliche Gegner des entarteten Regierungssystems. Doch ihr durch Hitlers Aufrüstung rasch verstärktes und verjüngtes Offizierkorps war kein einheitliches Gefüge mehr. Im übrigen setzten die soldatischen Überlieferungen politischem Handeln aus eigener Verantwortung von Hause aus enge Grenzen. Eine Armee sieht in normalen Zeiten in sich selbst mit vollem Recht das zuverlässige Instrument einer Staatsführung und bleibt dem politischen Tageskampf fern. Lange Zeit haben die höchsten Befehlshaber der Wehrmacht an diesem Grundsatz festgehalten. Schon in den Jahren nach 1918 unter dem Generalobersten von Seeckt hatte eine gewisse Kluft zwischen ihrem Denken und ihrem Handeln bestanden. Sie hatten sich daran gewöhnt, dem innerpolitischen Leben des Volkes, der republikanisch-demokratischen Staatsform im besonderen, mit kühler Reserve gegenüberzustehen und doch um des Ganzen willen ihren Dienst zu tun. Es hieß, die Armee sei „unpolitisch“ oder doch „überparteilich“. Unter dem nationalsozialistischen Regime hatte sich das höhere Offizierskorps unter wachsenden inneren Vorbehalten gegen den politischen Kurs zunächst ebenfalls in die „reine Sachlichkeit des Dienstes gerettet“. Aber schließlich erkannte eine zunehmende Zahl, daß diese übersteigert unpolitische Haltung darauf hinauslief, offenkundige Verbrechen zu dulden. Indes, die Wehrmacht hatte am Todestage Hindenburgs, am 2. August 1934, nicht dem Staat, nicht Deutschland, sondern dem Staatsoberhaupt Adolf Hitler persönlich einen Treueid geleistet. Sie hatte diesen Eid zwar unter Anrufung Gottes geschworen, aber dies verstärkte für die meisten nur die Bindung an Hitler. Wenige standen fest und tief genug in der christlichen Überlieferung, um klar zu erkennen, daß ein Eid, der bei Gott geschworen ist, nie und nimmer dazu zwingen kann, Gott zu beleidigen und gegen seine Gebote zu verstoßen. Hitler aber gab durch das, was er mit seinem Handeln und seinen Befehlen der Wehrmacht zumutete, dem geleisteten Eid immer wieder einen Inhalt, der für Gott gar nicht annehmbar war. Die Anrufung Gottes im Eide sollte Hitler freiere Hand geben, über die Eidnehmer zu verfügen, und sie gab ihm tatsächlich freiere Hand dazu, weil das christliche Element in der Haltung der Eidnehmer zur Form, zum bloßen Habitus erstarrt war. Letzten Endes band so der Gewissenlose mit dem Namen Gottes die Gewissenhaften. Man braucht die Verteidigung der Tat des 20. Juli also keineswegs mit einer Infragestellung der Heiligkeit des Eides zu verknüpfen. Es steht vielmehr durchaus mit den uralten Auffassungen der Kirche im Einklang, wenn man darauf hinweist, daß der Eid den Menschen nicht von seinem Gewissen entbinden kann, sondern daß der Inhalt des ehrlichen Gewissens den Inhalt des erlaubten Eides begrenzt. So haben die Männer des 20. Juli ihren Eid nicht gebro-

chen, sondern ihn unter erschwerten Umständen gehalten und verteidigt.¹⁾

Und auch der Frage will ich nicht ausweichen, ob sich eine Anerkennung und Billigung der Haltung der Widerstandskämpfer mit dem Gehorsam und der Disziplin verträgt, ohne die eine Armee nicht bestehen kann. Wer diese Frage verneint, verkennt die unabdingbaren Voraussetzungen dieses Gehorsams: das Vertrauen des Gehorchenden nämlich, daß der Vorgesetzte nichts befiehlt, was offenkundig unsittlich ist oder zum Verbrechen auffordert. Der einzelne Soldat und Offizier kann nur dann vor sich selbst bestehen, wenn er das Vertrauen hat, von seinem Vorgesetzten nicht mißbraucht zu werden. Wer den Sinn des unbedingten Gehorsams darin erblickt, das Gewissen des Gehorchenden zum Schweigen zu bringen, der fördert nicht, sondern untergräbt den soldatischen Gehorsam. Eine Gewähr dafür, daß der Soldat seinerseits hier nicht vorschnell urteilt, liegt gerade in seinem sicheren Bewußtsein, daß der Befehlende selber gewissenstreu ist. Auch dies sind nicht private Meinungen, sondern die gewissenhaft erwogenen Auffassungen anerkannter Moraltheologen. Man kann denn auch gewiß nicht sagen, daß die Männer des militärischen Widerstandes vorschnell geurteilt hätten. Schon nach der Ermordung zweier ihrer einst prominentesten Generale, Schleicher und Bredow, am 30. Juni 1934, erst recht aber nach der mit schimpflichsten Mitteln von Hitler selbst, wie wir heute wissen, inszenierten Absetzung ihres Oberbefehlshabers Fritsch, hätte man vom Offizierskorps an sich eine andere Reaktion erwarten können. Ihr Ausbleiben deutet darauf hin, daß auch für dieses, wie Hitler einmal sagte, „letzte weltanschaulich noch nicht angefressene Element“ die traditionelle Haltung an innerer Kraft verloren hatte. Überdies war die Generalität von Bedenken erfüllt, ob eine Aktion ihrerseits den notwendigen Widerhall oder die wenigstens nachträgliche Billigung der Truppe und des Volkes finden würde. Es bedurfte daher einer Lage von so außerordentlichem Charakter wie die des Sommers und Herbstes 1938, einer Lage, die sie gerade als Soldaten anging, um einige der hervorragendsten Generale zu den äußersten Konsequenzen zu führen.

Und wie hat Hitler selbst das Problem des „militärischen Widerstandes“ gegen die Staatsgewalt beurteilt? Eine Frage, auf welche die Antwort ebenso überraschend ist wie die Frage selbst. Denn sie darf lauten: Kaum einer hat besser die Haltung der Männer des 20. Juli und gerade der Offiziere im voraus gerechtfertigt als er. Ich will zum Beweis dafür nicht die bekannten Stellen aus seinem Buch „Mein Kampf“ zitieren, wo es u. a.

1) Ich verweise hierzu und zum folgenden Absatz auf die Ausführungen von Professor Dr. Rupert Angermair in seinem Gutachten im Remer-Prozess im März 1952 in Braunschweig (vgl. Sonderausgabe der Wochenzeitung „DAS PARLAMENT“ zum 20. 7. 52) und in seinem Vortrag zum Thema „Befehl und Gewissen“ in der Scholastica in München am 15. Juli 1954.

heißt: „Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht. Menschenrecht bricht Staatsrecht“. Ich will vielmehr einige Sätze aus einer kaum bekannten Hitler-Rede vom 15. März 1929 anführen, die genau der Problematik unseres Themas gilt. Damals, als Feind der demokratischen Republik, hat Hitler klar und zutreffend ausgesprochen, daß es für die unpolitische Haltung einer Armee eine Grenze gibt, wenn es um die letzten moralischen Werte ihres Volkes geht. Leidenschaftlich wandte er sich zunächst dagegen, daß eine Armee Selbstzweck sei, daß sie sich als toter Mechanismus jeder Regierung zur Verfügung stelle, möge diese selbst aus einem Volke Riemen schneiden. Mit beißender Ironie widerlegte er sodann die Auffassung, daß eine Armee unter allen Umständen unpolitisch bleiben müsse: „Politik und Wehrmacht“, rief er höhnend aus, „müssen getrennt, vollkommen getrennt werden, d. h. die Politik wird von Gaunern gemacht, und an die Spitze der Wehrmacht müssen unpolitische Köpfe treten, gänzlich unpolitische Köpfe. Dann allein kann das Gaunertum ein Volk mit aller Seelenruhe beherrschen, dann hat das Gaunertum die offiziellen Machtmittel zur Seite, dann kann das Parteitum eine Nation zugrunde richten.“ Er, der später nie eine selbständige Offizierssehre gelten ließ, prägte damals den Satz: „Glauben Sie mir, es ist entsetzlich, wenn Offizierssehre sich nicht mehr deckt mit dem höchsten Ehrbegriff an sich.“ Und diesem Satz folgen, immer aus dem Munde Hitlers, weitere gewichtige Worte: „Sobald überhaupt der Offizier“, betonte Hitler, hier ins Wanken geraten kann, sobald er überhaupt nur glaubt, sich auf irgendeiner mittleren Linie mit den Zerstörern des Vaterlandes, die er tausendfach vor sich enthüllt und entlarvt

sehen muß, vielleicht doch treffen zu können, sobald er dastut, verläßt er seine Stellung. Im selben Augenblick... bricht etwas zusammen, was früher fast graniten und unerschütterlich schien... entfernt er sich vom Herzen seines Volkes.“ Und Hitler verwehrte dem Offizier — wenn die höchsten moralischen Werte dieses Volkes auf dem Spiel standen — jedes Ausweichen vor der Verantwortung, indem er fortfuhr: „Man spreche sich nicht frei von Schuld! Es gibt keine Armee, die nur Selbstzweck hätte, sondern ihr Dienst heißt Dienst an der Nation. Sie brauchen zunächst ein Volk, das gesund ist. Sie als Offiziere können nicht sagen, uns ist das gleich, wie die Nation aussieht, ob sie vergiftet oder verpestet ist, ob sie an Gott glaubt oder nicht. Das können Sie nicht sagen. Sie brauchen das alles, sonst ist ihre ganze Tätigkeit nur oberflächlich, nur Scheintat.“ Hitler hatte im Jahre 1929 dies im Hinblick auf eine „marxistische“ Diktatur gesagt, die er seinen Zuhörern als Schreckgespenst vorhielt. Aber es ist, als ob er das Schicksal der deutschen Wehrmacht unter seiner eigenen Herrschaft hätte prophezeien wollen, wenn er folgendermaßen schloß: „Büttel des neuen Regiments können Sie dann sein und politische Kommissare, und wenn sie nicht funktionieren, werden Weib und Kind hinter geschlossene Riegel gesetzt (!). Und wenn Sie dann immer noch nicht funktionieren, fliegen Sie hinaus und werden vielleicht an die Wand gestellt; denn ein Menschenleben gilt wenig bei denen, die ein Volk vernichten wollen.“ Das Bild entarteter Rechts- und Staatsverhältnisse unter einer totalen Parteiherrschaft, wer hätte es, mit allen Gekwisenskonflikten und -geboten für den ethisch verwurzelten Offizier besser vorauszeichnen können, als der Mann, dessen hemmungsloser Machtwille imstande war, es zu verwirklichen?

Auflehnung gegen Hitlers Kriegspläne

Doch zurück zum Herbst 1938. Damals forderte der Generalstabschef Ludwig Beck zunächst auf Grund der fachlichen Verantwortung der Generalität ihre Auflehnung gegen die Volk und Staat gefährdenden Kriegspläne Hitlers. Seine Opposition wurde jedoch über militärisch-politische Erwägungen hinaus von sittlichen Überzeugungen getragen. Er erstrebte daher auch eine Säuberungsaktion zur Wiederherstellung geordneter Rechtszustände. Der von Beck geforderte Kollektivschritt der Generale scheiterte indes an den

Bedenken des Oberbefehlshabers von Brauchitsch. Mit dessen Duldung kam es dann nach dem Rücktritt Becks von seiten seines Nachfolgers Halder, in Verbindung mit General von Witzleben und dem Kreis um den Staatssekretär von Weizsäcker, zu einem neuen Aktionsplan gegen Hitler. Man rechnete für den Fall, daß der deutsche Diktator kriegerisch gegen die Tschechoslowakei vorgeing, mit dem bewaffneten Eingreifen Englands und Frankreichs, das in der damaligen Lage Deutschlands in den Augen aller Ein-

sichtigen zu seinem Verderben führen mußte. Man trat auf verschiedenen Wegen an England heran. Dort aber fehlte nicht nur die nötige Erkenntnis der Situation und der wahren Ziele Hitlers. Der britische Regierungschef Chamberlain wagte es auch nicht, seine Politik auf die ungewisse Kraft der deutschen Widerstandsbewegung aufzubauen, und zog den scheinbar größere Sicherheit bietenden Weg eines Kompromisses mit Hitler vor. Er kam Hitler so weit entgegen, daß diesem keine andere Möglichkeit blieb, als auf die nachweisbar geplante kriegerische Zerschlagung der Tschechoslowakei zu verzichten und sich einstweilen mit der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete zu begnügen. So wurde der geplanten Aktion Halders und Becks der Boden entzogen und Hitler ein neuer, scheinbar vollständiger Triumph zuteil.

Es hängt mit diesem und weiteren Erfolgen des Diktators, mit den Hoffnungen auf die Bildung einer Friedensfront der Gegner Hitler-Deutschlands, mit dem Erfolg der deutschen Rußland-Politik und mit den Schwankungen Hitlers selbst vor der schließlichen Entfesselung des Krieges zusammen, wenn es in den elf Monaten nach München zu keiner neuen entscheidenden Widerstandshandlung kam. Persönliche Momente und vor allem die psychologischen Nachwirkungen des Fehlschlages von 1938 mögen dabei mitge-

spielt haben. Pläne nach Kriegsausbruch, die Generaloberst von Hammerstein entwarf, scheiterten, wie noch oft in der Folgezeit, an Zufällen. Die Gelegenheit der schauerlichen Übergriffe der SS in Polen wurde versäumt. In dem Ringen um eine Westoffensive versagte sich die Führung des Heeres schließlich in tiefer Skepsis einer Aktion gegen Hitler. Die Bedrohung Deutschlands durch den Krieg und die Gefahr einer neuen Dolchstoßlegende mußten die Verantwortung der Opposition selbst noch steigern. Sie legten ihr nahe, in Verhandlungen mit dem Gegner günstige außenpolitische Voraussetzungen für ihr Vorgehen im Innern zu schaffen. Jede weitere Ausdehnung des Krieges durch neue Offensiven und Neutralitätsbrüche Hitlers aber drohten der Aktion „eines anderen Deutschland“ den politisch-moralischen Boden zu entziehen. Erwägungen solcher Art bestimmten die Haltung Becks und seiner Getreuen im Laufe jener Friedensgespräche mit England, die im Winter 1939/40 durch Dr. Joseph Müller in Rom geführt wurden, bis Hitlers Offensive im Westen ihnen ein Ende machte. Die darauf folgende Reihe von Siegen Hitlers entzog der Opposition weitgehend die psychologischen Voraussetzungen zum Handeln. Erst der russische Winter von 1941/42 schuf wieder Klarheit über die Lage für breitere Schichten.

Dr. Goerdeler

Allmählich haben sich verschiedene Exponenten und Gruppen des Widerstandes als solche schärfer ausgeprägt. Wenn Beck der „Kopf“ der Opposition blieb, so wurde der ehemalige Reichskommissar und Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler ihr „Herz“. Seit Jahren in verzweigten Beziehungen zu Gegnern des Nationalsozialismus im In- und Ausland, redete er, der vorgesehene Kanzler einer kommenden Regierung, namentlich den zögernden Generalen ins Gewissen. Goerdeler wollte letztlich nur eine Grenzlinie anerkennen, die zwischen „anständig“ und „unanständig.“ Seine „Demokratie der zehn Gebote“ forderte gegenüber dem „großen Irrtum“ der materialistischen Gesinnung eine Rückkehr zu den christlich-humanistischen Überlieferungen der Menschenwürde, der Gerechtigkeit und der Wahrheit. Dezentralisierung und Föderalisierung sollten den politischen Bereich entmechanisieren. Goerdeler dachte an einen reformierten Reichstag und ein Oberhaus auf ständischer Grundlage. Ohne reaktionär im gewöhnlichen Sinne des Wortes zu sein, entbehrte Goerdelers Zukunftsbild bei aller sozialen Aufgeschlossenheit nicht gewisser bürgerlich-konservativer Züge, namentlich in seinem Wirtschaftsprogramm. Darin unterschied sich von ihm schon der als Außenminister vorgesehene Botschafter von Hassel, Aristokrat und Berufsdiplomat, aber vor allem ein Mensch von europäischer Kultur, weltoffenem Sinn und tiefem

Rechtsgefühl, auf dem die in deutschem Namen begangenen Verbrechen lasteten. Unablässig suchte er, ebenso wie der Legationsrat von Trott zu Solz, in Fühlungnahme mit England und Amerika den Umsturzplan durch Sicherung erträglicher Friedensbedingungen zu fördern. Hassel und der preußische Finanzminister Popitz, Wissenschaftler von klassischer Prägung und Verwaltungsfachmann mit autoritären Tendenzen, vertraten mehr planwirtschaftliche und staatssozialistische Auffassungen. Mit dem politisch und sozial radikaleren Flügel des Widerstandes, den Sozialisten, berührte sich Goerdeler mindestens in allgemein menschlichen, christlichen und kulturellen Grundüberzeugungen. Goerdeler und Beck selbst fanden sich in gegenseitiger Achtung mit dem zum Vizekanzler ausersehenen Wilhelm Leuschner, der die Zellen der Gewerkschaftsbewegung wieder zu beleben suchte. In dem gewandten Organisator und Unterhändler Leuschner, dem hochbegabten, kraftvollen Carlo Mierendorff, dem tief religiösen Haubach, sowie in Adolf Reichwein, entstand eine neue, dem Gedanken der Nation mehr als bisher aufgeschlossene sozialistische Führerschaft. Nach Mierendorffs Tod (durch Luftangriff) spielte der politisch erfahrene, zum Innenminister vorgesehene Dr. Julius Leber, auch durch seinen Einfluß auf Stauffenberg, eine immer wichtigere Rolle. Neben den sozialistischen bildeten die christlichen Gewerkschaften unter Jakob Kaiser, Letterhaus,

Gross und Prälat Müller für die Opposition ein Netzwerk von Zellen. Ein geistiges wie praktisches Bindeglied zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Gruppe aber bildete der politisch und sozial im besten Sinne „radikale“ Kreisauer Kreis des Grafen Helmuth James Moltke, der dem Oberkommando der Wehrmacht als Berater für Internationales Recht angehörte. Männer verschiedenster Lebenskreise, Aristokraten, Sozialisten, Katholiken und Protestanten erwogen hier weniger die Beseitigung Hitlers als den künftigen Neubau Deutschlands auf christlicher und sozialistischer Basis. M o l t k e hat die Gefahren des nationalsozialistischen Nihilismus für die menschliche Substanz wohl am klarsten erkannt und formuliert. Er neigte dazu, den unheilvollen Prozeß im Sinne einer Läuterung ungehindert ablaufen zu lassen: Mit der Erkenntnis, daß „Sünde war, was geschah“, mit der gewonnenen Einsicht, daß „das Bild des Menschen im Herzen unserer Mitbürger wiederaufgerichtet werden“ müsse, würde sich schließlich die göttliche Ordnung als der notwendige Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern erweisen. Der Kreisauer Kreis brach mit den bürgerlich-liberalen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts. Er forderte nicht nur eine weitgehende Dezentralisierung des Staates, sondern auch einen „geordneten Leistungswettbewerb“ in der Wirtschaft unter Auflösung monopolistischer Bildungen und Nationalisierung der Grundindustrien, ferner weitgehende Selbstverwaltung der Betriebe unter gesteigerter Beteiligung der Arbeiter an Organisation und Ertrag. Hierin und auch in der größeren Prägnanz seines Verfassungs-Entwurfs schied sich der Kreisauer Kreis bewußt von Goerdeler, dessen Stellung überdies durch die wachsende Bedeutung Stauffenbergs und der Sozialisten beeinträchtigt wurde.

Canaris und Oster

Eine Mittlerrolle mehr praktischer Art zwischen den Widerstandsgruppen hat der Kreis der militärischen „Abwehr“ unter Admiral Canaris und General Oster gespielt. Der hochgebildete, feinnervige, in seinem vielgesichtigen Wesen schwer erfassbare Canaris war schon als ausgesprochener, wenn auch höchst realistischer Intellektueller zum Feinde Hitlers und seiner Gewaltpolitik vorbestimmt. Entschieden ist er gegen die völkerrechtswidrige Behandlung und Erschießung bestimmter Kategorien sowjetrussischer Kriegsgefangener aufgetreten, die, wie Hitlers ganze Ostpolitik, nach seiner Überzeugung „die Mobilisierung aller inneren Gegenkräfte“ Rußlands „zu einer einheitlichen Feindschaft“ gegen Deutschland förderte. Im ganzen hat Canaris selbst, frühzeitig pessimistisch gestimmt, in eher abnehmendem Grade sich aktiv und führend am Widerstand beteiligt, sondern mehr andere wirken lassen und sie abgeschirmt. Dies kam namentlich seinem aus eigener Initiative handelnden

Stabschef Oster zugute. Dieser untadelige Offizier des ersten Weltkrieges rang sich bis zur letzten Konsequenz des „objektiven Landesverrats“ — jedoch um des Vaterlandes willen, gegen seinen offenkundigen Verderber — durch. Man mag sich zu der Tatsache, daß Oster den Termin der Westoffensive dem

holländischen Militärattaché mitgeteilt hat, stellen, wie man will: daß er aus reinen Motiven handelte, duldet keinen Zweifel — wie er auch richtig erkannt haben wird, daß damals der Krieg die entscheidende Ausweitung zu erfahren drohte, die Deutschland ins Verderben riß.

Dietrich Bonhoeffer

Dem Kreise Osters nahe und doch für sich allein steht der geniale Problematiker solchen „verantwortlichen Handelns“ im Widerstreit der Pflichten, der lebensfrische evangelische Pfarrer Dietrich Bonhoeffer — dem auf katholischer Seite etwa der Jesuitenpater Delp entspricht. Vergeblich hat sich Bonhoeffer bemüht, durch Vermittlung ausländischer Kirchenführer von den Alliierten die Zusage zu erlangen, daß ihre Haltung gegenüber einem Deutschland ohne Hitler eine andere werden würde. Um die Jahreswende 1942/43 sprach Bonhoeffer in einem Rechenschaftsbericht das entscheidende Wort: „Die große Maskerade des Bösen“, das „in so vielen ehrbaren und verführerischen Verkleidungen“

erschienen sei, habe alle überlieferten ethischen Begriffe verwirrt. So scheine es dem Deutschen, als ob aus dem Wirrsal der möglichen Entscheidungen der „sichere Weg der Pflicht“, das Handeln auf Befehl, herausführen könne. In Wahrheit begnüge man sich dann aber, „statt eines guten ein salviertes Gewissen zu haben“, und am Ende müsse man erkennen, daß die Bereitschaft „um Dienst am Ganzen mißbraucht werde zum Bösen! Nicht mit der Reinheit eines Prinzips, so folgte Bonhoeffer, könne man also der Macht des Bösen entgegentreten. Allein „das Wagnis der auf eigenste Verantwortung hin geschehenen Tat“ vermöge „das Böse im Zentrum zu treffen und es zu überwinden“.

Stauffenberg

Diese Tat auf eigenste Verantwortung hat der 35jährige, schwerkriegsversehrte Oberst Klaus Graf Schenk von Stauffenberg getan. Hochbegabt und nicht ohne Selbstgefühl, doch mit ungewöhnlichem Charme ausgestattet, hat seine lebensvolle ungezwungene Persönlichkeit sich mit einer ihr innewohnenden Naturkraft in ihren jeweiligen Lebenskreisen durchgesetzt. Er erschien als der gegebene Führer jener jüngeren Gruppe höherer Offiziere, die im militärischen Widerstand etwa seit 1942 und namentlich seit Stalingrad in den Vordergrund trat. Bayerischer Katholik und Nachfahre Gneisenaus war Stauffenberg in der geistigen Welt Stefan Georges beheimatet. Seiner musisch bestimmten, allem Lebendigen aufgeschlossenen Art entsprach ein wesenhafter Gegensatz zu einem Regierungssystem, das statt organischer Gliederung und Entfaltung eine politische Lebensgemeinschaft zum lenkbar-seelenlosen Machtapparat abgerichtet hatte. Weitverzweigte Beziehungen verbanden Stauffenberg, der offenbar den Sozialisten Dr. Leber als Kanzlerkandidaten Goerdeler vorzog, auch mit den meisten nichtmilitärischen Führern des Widerstandes. Durch seinen Vetter Peter Graf Yorck von Wartenburg dem Kreisauer Kreis nahe, ist Stauffenberg im Grunde auf kein Programm und keine Gruppe festzulegen. Allem Anschein nach hat auch Stauffenberg Hitlers Gewaltpolitik gegenüber den russischen Menschen als eine unverantwortliche Herausforderung des Ostens verurteilt, hat er auch jene „Bruderschaft der Unterdrückten“ (Trott) gegen totalitäre Unmenschlichkeit im Hinblick auf ein künftiges Europa

angestrebt. Zuletzt Stabschef beim Oberbefehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, wäre Stauffenberg nach einer geglückten Erhebung mindestens zum Staatssekretär im Kriegsministerium ernannt, vielleicht auch mit weit größeren politischen Aufgaben betraut worden.

Es konnte für den Klardenkenden längst keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Hitler, ungeachtet aller Opfer an Gut und Blut, den aussichtslosen Kampf bis zum Untergang Deutschlands fortzusetzen gedachte. Dem Gedanken, zur Erhaltung von Volk und Staat, von der Führung abzutreten, war er unzugänglich. Denn er hatte sich selbst zum Maß aller nationalen Dinge gemacht, durchaus im Einklang mit der scheinbar so nichtssagenden und doch so bezeichnenden Formel seiner Anhänger: „Adolf Hitler ist Deutschland, Deutschland ist Adolf Hitler!“ Folgerichtig hat Hitler denn auch ausgesprochen: wenn das deutsche Volk die große Probe des Krieges nicht besteht, dann sei es seiner unwürdig und möge mit ihm untergehen. Nach immer erneuter Gewissensprüfung der Männer des Widerstandes bot daher, wie der junge General von Tresckow gesagt hat, der Anschlag auf das Staatsoberhaupt die einzige Möglichkeit, Reich und Volk „vor der größten Katastrophe ihrer Geschichte zu retten“. Es war zugleich der einzige Weg, die Wehrmacht vom Eidbann zu lösen und zu neuem Handeln zu führen. Selbst der populärste General des nationalsozialistischen Regimes, Feldmarschall Rommel, forderte am 15. Juli von Hitler, aus der militärischen Lage „unverzüglich

die Folgerungen zu ziehen“. Auch Rommel war schließlich in grundsätzlichen Gegensatz zu dem Diktator geraten und zusammen mit dem Militärbefehlshaber in Frankreich, General von Stülpnagel, entschlossen, in Verbindung mit der Erhebung in Berlin den Krieg im Westen, auch gegen den Willen Hitlers zu beenden, den er gerichtlich aburteilen lassen wollte. Freilich konnte man die ernstesten Zweifel hegen, ob der Sturz oder die Beseitigung Hitlers bei dem Stand der Lage noch praktische Möglichkeiten einer Rettung Deutschlands bot. Man hatte einen Appell an den Präsidenten Roosevelt gerichtet, daß die deutsche Opposition Mitteleuropa davor bewahren wolle, „ideologisch und faktisch unter russische Herrschaft zu kommen“; es gelte, durch Stellung erträglicher Bedingungen, das deutsche Volk aus der Zwangslage seiner Bindung an Hitler zu befreien, wenn die Demokratien nicht den Frieden verlieren wollten. Doch dieser Appell war ohne Echo geblieben. Indes, auch ohne Hoffnung auf bessere Friedensbedingungen, „allein schon um der moralischen Rehabilitierung Deutschlands willen“, war die Opposition überzeugt, handeln zu müssen — wie bereits jene Gruppe um die Geschwister Schöll und Professor Huber an der Münchner Universität bei ihrer denkwürdigen Aktion im Jahre 1943. Ja, auch wenn das Attentat mißlang, es kam, wie Tresckow sagt, nur darauf an, „daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt“ hatte, statt tatenlos der Schande zu verfallen. So handelte die Opposition am Ende unbekümmert um Nachruhm, um Verständnis oder Unverständnis einer beurteilenden Nachwelt, ohne Rücksicht auf eine neue Dolchstoßlegende. Ihre Männer hatten bewußt „das Nessushemd angezogen“. Es ging ihnen um die aus eigener Kraft vollzogene innere Befreiung und Umkehr, auf jedes Risiko hin, „als ein von Gott verordnetes Gebot“.

Nach einer Reihe vergeblicher Anläufe entschied sich Stauffenberg, trotz seiner körperlichen Behinderung, selbst das Attentat auszuführen. Es geschah gelegentlich seines Vortrages über die Aufstellung der Volksgrenadierdivisionen bei der mittäglichen Lagebesprechung im Führerhauptquartier in Ostpreussen durch Bombe mit Zeitzünder. Keine Verlegung der Konferenz in eine „Holzbaracke“, von der nicht die Rede sein kann, sondern das geringe Quantum des Sprengstoffs, die Verschiebung der Aktenmappe Stauffenbergs und die Stärke des massiven Eichentisches haben, wenn man es so ausdrücken will, Hitler gerettet. In dem Glauben, der tatsächlich nur leicht verletzte Hitler sei tot, gab Stauffenberg nach Berlin das verabredete Stichwort. Jedoch erst kurz vor seiner Ankunft im Oberkommando in der Bendlerstraße wurden die wohl vorbereiteten Maßnahmen in Gang gesetzt, da nach dort eingelaufenen Meldungen der Anschlag mißglückt war. Weniger die Umstimmung des zunächst befehlsgemäß im Sinne der Verschwörer han-

delnden Majors Remer durch Goebbels und Hitler selbst hat nun die Entwicklung bestimmt. Größere Bedeutung hatten die baldige Aufhebung der Nachrichtensperre im Führerhauptquartier durch Hitler, die Meldung des Rundfunks über das Mißlingen des Attentats, die Gegenbefehle Keitel's und Himmlers an die Kommandostellen im Reich, Gegenaktionen der nicht kontrollierten Nachrichtenzentrale, sowie einer Offiziersgruppe im Bendlerblock unter dem Oberstleutnant Herber und besonders das Ausbleiben der Infanterieschule Döberitz infolge zufälliger Abwesenheit ihres eingeweihten Kommandeurs. Sie hatten die Funkstellen besetzen sollen. In Paris lief einerseits das Unternehmen Stülpnagels gegen die SS erfolgreich ab, anderer-

seits scheute sich der sympathisierende Oberbefehlshaber West, Feldmarschall von Kluge, durch Einstellung des Widerstandes an der Front vollendete Tatsachen zu schaffen. In Berlin endete die Aktion bald nach 23 Uhr mit der Gefangennahme und standrechtlicher Erschießung ihrer Träger auf Befehl des wieder befreiten Generalobersten Fromm. Generaloberst Beck richtete die Waffe gegen sich selbst. Es ist, als ob eine höhere Fügung Deutschland diesmal verwehren wollte, der vollen Niederlage auszuweichen oder sie wegzuleugnen. Der gewissenlosen Propaganda der Staatsführung blieb es gleichwohl vorbehalten, die Widerstandskämpfer zum Sündenbock für ihre Fehlschläge zu stempeln.

„Gewissenlose Ehrgeizlinge“

Hatte Hitler zunächst den Anschlag einer „ganz kleinen Clique ehrgeiziger gewissenloser“ Offiziere zugeschrieben, so entdeckte die zur Untersuchung eingesetzte Sonderkommission der Gestapo von 400 Beamten infolge für sie günstiger Umstände über die Männer des 20. Juli hinaus erheblich weitere Kreise der Opposition. Hitler hielt über sie alle Gericht, wie es seinem Wesen entsprach. Nach unsäglichen Leiden, Folterungen und Beschimpfungen durch den Volksgerichtshof-Präsidenten Freisler gingen die Widerstandskämpfer zu einem für Hitler im Bilde festgehaltenen Tode. Die menschliche Haltung, in der sie diesem Tod ins Auge sahen, zeigte noch einmal,

daß es nicht Ehrgeiz sein konnte, was ihr Streben geleitet hatte. Ihr Unternehmen als solches war gescheitert. Es bedarf aber nicht einmal jener Rechtfertigung, daß in den neun Kriegsmonaten nach dem 20. Juli allein mehr Menschen umkommen sollten als in der gesamten Kriegszeit vorher. Denn ein letzter Sinn ihres Handelns blieb trotz des äußeren Fehlschlags erhalten, und dieser Sinn hat sich erfüllt: ein Zeichen des „anderen Deutschland“ aufzurichten, das Hitler überdauerte, ein Zeichen, das bei rechter Würdigung durch die Nachlebenden ihnen den Weg zu innerer Erneuerung weisen mag.

Das Vermächtnis

So kann man zusammenfassend dem Urteil Hitlers kaum eine bessere Würdigung entgegenstellen als die Worte des Sozialisten Dahrendorf: „Der revolutionäre Anschlag vom 20. Juli 1944 sollte nicht als ein schlecht ausgeführtes Unternehmen von Offizieren betrachtet werden, die alle Hoffnung aufgegeben hatten und einer Zwangslage zu entkommen suchten. Es war auch kein Versuch von seiten murrender reaktionärer Militaristen, das Band zu zerschneiden, das sie an den Faschismus fesselte. Die motivierende Kraft, die hinter allen Vorbereitungen stand, war ein fester politischer Wille.“ Dieser Wille, so ergänzen wir, ging dahin, die entartete Staatsführung zu stürzen, um die Substanz des Volkes zu retten, letztlich aber ein Zeichen der Abkehr von ihren Untaten und der eigenen inneren Einkehr aufzurichten. Keine einfaltigen Vereinfachungen, keine böswilligen Machenschaften dürfen uns den Zugang zu dem Willen der Männer des 20. Juli versperren. Die Einmaligkeit der praktischen Situation und ihrer eigenen Gewissenslage fordert von jedem, der urteilen will, zuvor Bereitschaft zu innerer Einfühlung und geschichtlichem Respekt. In diesem Sinne gedenken wir der Männer des 20. Juli, entschlossen, ihren Gewissenskampf und ihr Handeln als kostbares Vermächtnis für die Zukunft zu bewahren. Es ist so, wie Theodor Heuss in seiner Gedenkrede gesagt hat: „Das Vermächtnis ist noch in Wirksamkeit, die Verpflichtung noch nicht eingelöst.“ Dazu bedarf es der Anstrengung aller Gutgesinnten, zur Überwindung der Trägheit der Herzen.